

„Energiewende kostet

Arbeitsplätze“

CDU-Wirtschaftsflügel will steuerliche Förderung

Von Wilfried Goebels

Düsseldorf. Der CDU-Wirtschaftsflügel warnt davor, dass die hohen Kosten der Energiewende aus dem Ruder laufen. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft müssen Verbraucher in diesem Jahr über die Stromrechnung bereits 28 Milliarden Euro Umlage bezahlen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung MIT, Dieter Bischoff (Foto), befürchtet, dass sich die Folgen der Energiewende zum bedrohlichen Standortnachteil entwickeln, der Investoren abschreckt und Arbeitsplätze kostet. „Wir brauchen einen Deckel bei 25 Milliarden Euro für die EEG-Umlage“, sagte Bischoff. Dafür müsse die Einspeisevergütung für neue Anlagen gesenkt werden. Gleichzeitig verlangte Bischoff einen Vorrang für die steuerliche Förderung von Energiesparmaßnahmen im Wohnungsbau.

Bischoff kritisierte, dass wegen der garantierten Einspeisevergütung von derzeit 6,354 Cent pro Kilowattstunde „viele Leute ganz viele Windräder bauen und ganze Felder mit Photovoltaik zupflastern, unabhängig ob der Strom überhaupt an den Mann gebracht werden kann“. Weil die bestehenden Hochspannungsnetze für den Ökostrom-Boom nicht ausreichen und Speicher fehlen, kommt es zur Gefahr von Netzüberlastungen. So haben Maßnahmen zur Abwehr eines Blackouts im Vorjahr erstmals zu Rekordkosten von mehr als einer Milliarde Euro geführt.

Mehr Elektroautos gefordert

Die CDU-Mittelstandsvereinigung beklagte, dass zu viel produzierter Ökostrom häufig zu Negativpreisen an Nachbarländer „verkauft“ werden müsse, damit „uns das Netz in Deutschland nicht um die Ohren fliegt“. Bischoff sprach sich dafür aus, den Anteil der Elektroautos wie in Norwegen durch die kostenlose Abgabe von Strom zu erhöhen.

Um die Klimaziele zu erreichen, sollte der Bund die steuerliche Förderung von Energiesparmaßnahmen im Wohnungsbau aus Sicht der CDU-Mittelstandsvereinigung ausweiten. Den Ausbau der Offshore-Windkraftwerke in der Nord- und Ostsee sehen Energie-Experten wie Bischoff solange kritisch, wie Hochleistungsnetze für den Transport des Ökostroms in den Süden fehlen. Bisher stehen gerade ein Drittel der nötigen 1876 Kilometer Netze zur Verfügung.



Hier geht's weiter

Gegenüber

lesen

